

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bola Olalowo (GRÜNE)

vom 19. August 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. August 2013) und **Antwort**

Solidarische Ökonomie I – Bedeutung der Solidarischen Ökonomie in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat die Bedeutung der Unternehmen der gemeinwohlorientierten und solidarischen Wirtschaft für die Berliner Wirtschaft?

2. Stehen der Aufnahme der Förderung von gemeinwohlorientierter Ökonomie in die Berliner Landesverfassung nach Vorbild der nordrhein-westfälischen oder bayrischen Landesverfassung nach Auffassung des Senats Hindernisse entgegen? Wenn ja, welche?

3. Teilt der Senat die Auffassung, dass Belegschaftsinitiativen und Genossenschaften angesichts von demographischem Wandel und immer häufiger auftretenden Problemen von UnternehmenseigentümerInnen, geeignete NachfolgerInnen zu finden, eine gute Option sein können? Wenn nein, warum nicht?

Zu 1., 2. und 3.: Die Unternehmen der gemeinwohlorientierten und solidarischen Wirtschaft sind Ausdruck der gelebten Vielfalt der Berliner Wirtschaftslandschaft. Von den rd. 1.800 Betriebsübergaben des Jahres 2012 erfolgten allerdings lediglich 26 in der Rechtsform eines e.V. und keine als Genossenschaft. Dies zeigt, dass diese Rechtsformen bei Übergeberinnen und Übergebern und Übernehmerinnen und Übernehmern nur auf geringes Interesse stoßen.

Diese Unternehmensformen sind im Übrigen bereits von der Berliner Verfassung abgedeckt.

4. Hat der Senat Informationen darüber, welche spezifischen Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Genossenschaften bestehen und mit Hilfe welcher Modelle eine der Struktur solcher Unternehmen besser dienliche Finanzierung sichergestellt werden können? Wenn nein, plant der Senat die Erhebung dieser Informationen?

Zu 4.: Für eine gezielte Erhebung vertiefter Informationen wird kein Anlass gesehen.

5. 2010 war Berlin Gastgeber der Generalversammlung der Mitglieder des Europäischen Netzwerks der

Städte und Regionen für Sozialökonomie (Réseau Européen des Villes & Régions de l'Economie Sociale - REVES). In welcher Höhe hat Berlin in den letzten Jahren Beiträge zu diesem Netzwerk gezahlt? Seit wann zahlt Berlin nun keine Mitgliedsbeiträge für das REVES-Netzwerk mehr? Warum ist Berlin aus dem Netzwerk ausgetreten, obwohl Berlin mit über 5.000 Unternehmen in diesem Bereich die „Hauptstadt“ der solidarischen und sozialen Ökonomie ist?

Zu 5.: 2010 fand auf Einladung des Landes Berlin und in Zusammenarbeit mit der Stiftung Pfefferwerk die Generalversammlung des REVES Netzwerkes sowie eine eintägige Fachdiskussion zum Thema „Soziale Ökonomie“ statt. Mit dieser Veranstaltung verfolgte das Land Berlin das Ziel, die Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches zu unterstreichen, die Potenziale dieses Sektors zu verdeutlichen und die Rahmenbedingungen zu diskutieren.

Die Mitgliedschaft des Landes Berlin bei dem Europäischen Netzwerk der Städte und Regionen für Sozialökonomie – REVES (Réseau Européen des Villes & Régions de l'Economie Sociale) bestand in den Jahren 2004 bis Ende 2012. Berlin hat entsprechend der Beitragsordnung von 2008 - 2012 jährlich 9.000 EUR entrichtet, davor betrug er 8.000 EUR.

Die mit der Mitgliedschaft für Berlin ursprünglich erwarteten Synergien konnten nicht in dem gewünschten Maß erzielt werden. Dies liegt vor allem darin begründet, dass die Strukturen der solidarischen Ökonomie sich in anderen europäischen Ländern so deutlich von der Situation in Deutschland unterscheiden, dass sich aus der Arbeit von REVES keine Vorteile für Berlin ergeben.

Berlin, den 10. September 2013

In Vertretung

Henner B u n d e

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Sep. 2013)